

FORMBLATT

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange bei der Festlegung des Untersuchungsumfangs für die Umweltprüfung (§ 4 Absatz 1 BauGB)

Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Name/Stelle des Trägers öffentlicher Belange	Landesamt für Umwelt - Abteilung Technischer Umweltschutz 1 und 2
Belang	Immissionsschutz
Vorhaben	Bebauungsplan "Solarpark Chossewitz" der Stadt Friedland (NL), Ortsteil Chossewitz
Ansprechpartner*In: Telefon: E-Mail:	Frau Hoffmann 0355 4991 1345 TOEB@lfu.brandenburg.de

Bitte zutreffendes ankreuzen ☒ und ausfüllen.

Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung	<input type="checkbox"/>
---	--------------------------

1. Einwendungen

Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können
(bitte alle drei Rubriken ausfüllen)

a) Einwendung

b) Rechtsgrundlage

c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anordnungen oder die Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen)

2. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts

a) Insgesamt durchzuführende Untersuchungen:

b) Untersuchungsumfang für die aktuell beabsichtigte Planung:

3. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen

a) Mögliche Überwachungsmaßnahmen zur Feststellung unvorhergesehener nachteiliger Auswirkungen

b) Möglichkeiten zur Nutzung bestehender Überwachungssysteme:

4. Weitergehende Hinweise



Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands und des Zeitrahmens



Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage

Sachstand:

Mit dem Bebauungsplan „Solarpark Chossewitz“ der Stadt Friedland (NL) sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage mit Nebenanlagen geschaffen werden. Dafür werden Sonstige Sondergebiete mit der Zweckbestimmung „Solarpark für Freiflächen-Photovoltaikanlagen“ gemäß § 11 Abs. 2 BauNVO festgesetzt. Das Plangebiet (ca. 144 ha, drei Teilbereiche) befindet sich ca. 1 km westlich der Ortslage Chossewitz. Direkt östlich angrenzend an den Teilbereich West befindet sich die Ferienhaussiedlung am Chossewitzer See (Ahornallee 18).

Stellungnahme:

Rechtsgrundlagen

§ 50 Satz 1 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)

§ 1 Abs. 6 Baugesetzbuch (BauGB)

Die beabsichtigte Nutzung berührt unter Berücksichtigung des Standortes immissionsschutzrechtliche Belange. Nachfolgende Hinweise sind im weiteren Planverfahren zu berücksichtigen.

Bei einer Photovoltaik-Freiflächenanlage handelt es sich aus immissionsschutzrechtlicher Sicht um eine nichtgenehmigungsbedürftige Anlage. Nach § 22 BImSchG muss der Betreiber solcher Anlagen diese so errichten und betreiben, dass nach dem Stand der Technik vermeidbare schädliche Umweltbeeinträchtigungen verhindert werden. Bei der Aufstellung des Bebauungsplanes ist darauf zu achten, dass die von der PV-Anlage ausgehenden Licht-Emissionen und Geräuschemissionen nicht zu schädlichen Umwelteinwirkungen auf die Nachbarschaft führen.

Blendwirkungen

Zu den Auswirkungen durch Blendungen wird auf die Leitlinie des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz zur Messung und Beurteilung von Lichtimmissionen (Licht-Leitlinie) vom 16. April 2014 verwiesen. Bei der Beurteilung sind Immissionsorte kritisch, wenn sie vorwiegend westlich oder östlich einer Photovoltaikanlage liegen und weniger als ca. 100 m von dieser entfernt sind.

Danach befinden sich die im westlichen Teil der Ferienhaussiedlung liegenden Gebäude mit

schutzwürdigen Räumen im Einwirkungsbereich von Blendwirkungen. Der Abstand zur Baugrenze beträgt ca. 80 m. Aufgrund des vorhandenen und geplanten Bewuchses sind Blendwirkungen jedoch nicht zu erwarten.

Hinweis

Es wird darauf hingewiesen, dass die Blendwirkungen auf Kraftfahrer, Lokführer und Piloten nicht vom LfU beurteilt werden.

Geräusche

In der Bauleitplanung findet zur Berücksichtigung des Schallschutzes die DIN 18005 „Schallschutz im Städtebau“ Anwendung. Geräuschemissionen bei Photovoltaik-Freiflächenanlagen werden durch technische Anlagen wie z.B. Wechselrichterstationen, Transformatoren und Speicheranlagen hervorgerufen. Je nach Entfernung dieser Anlagen zu den Immissionsorten, kann es zu Beeinträchtigungen durch Lärm kommen.

Es wird darauf hingewiesen, dass im Nahbereich der Ferienhaussiedlung lediglich Einzelanlagen geplant werden sollten. Folgender Hinweis ist zu beachten.

Hinweis zur textlichen Festsetzung 3:

Der festgesetzte Abstand der Nebenanlagen von mindestens 50 m zu Wohn-/Erholungsgrundstücken wird für einzelne technische Anlagen wie eine Trafostation als ausreichend betrachtet. Sollten mehrerer solcher Anlagen gebündelt an einem Standort ggf. mit Batteriespeicher in der Nähe der Ferienhaussiedlung errichtet werden, ist eine detaillierte Lärmprognose im sich anschließenden Baugenehmigungsverfahren erforderlich. Mit den dann vorliegenden Detailinformationen ist der Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen nachzuweisen.

Textliche Festsetzungen

Die textliche Festsetzung Nr. 3 auf der Planzeichnung ist nicht gleichlautend mit der textlichen Festsetzung in der Begründung, Kap. 5.3 (Rn. 106). Dies betrifft die Formulierung „Wohn-/Erholungsgrundstück“ (Planzeichnung) und „Wohngrundstück“ (Begründung).

Fazit:

Aus immissionsschutzfachlicher Sicht ergeben sich zum vorliegenden Bebauungsplan „Solarpark Chossewitz“ der Stadt Friedland (NL), Stand Vorentwurf Oktober 2024, keine grundsätzlichen Bedenken.

Die Anwendung besonderer technischer Verfahren oder detaillierter Untersuchungen im Hinblick auf die Schutzgüter Mensch und Klima/Luft sind nach gegenwärtigem Kenntnisstand im Rahmen der Umweltprüfung zum Bebauungsplan nicht erforderlich.

Dieses Dokument wurde am 12.02.2025 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.